

Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Cemal Bozolu:

„Vor dem Hintergrund von Medienberichten über einen möglichen Treffpunkt der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB) in Bissingen (Schwaben) aufgrund eines Immobilienkaufs, frage ich die Staatsregierung, ob ihr bekannt ist, dass es sich bei den beiden Käufern um Aktivist*innen der IB handelt, wie sie die akute Gefahr der Entstehung eines rechtsradikalen Zentrums bzw. einer rechtsradikalen Anlaufstelle an diesem Ort bewertet und ob sie mit der betroffenen Gemeinde bereits im Austausch zur Entwicklung einer Gegenstrategie steht.“

Staatsminister Joachim Herrmann antwortet:

Die erste Fragestellung zielt auf die Offenlegung personenbezogener Daten zu zwei Einzelpersonen ab. Die dem parlamentarischen Fragerecht durch die grundrechtlich geschützten Persönlichkeitsrechte der Betroffenen gesetzten Grenzen (vgl. hierzu BayVerfGH, Entscheidungen vom 11. September 2014, Az.: Vf. 67-IVa-13, Rz. 36 und vom 20. März 2014, Az. Vf. 72-IVa-12, Rz. 83f. - jeweils mit weiteren Nachweisen) sind daher zu berücksichtigen. Die gebotene Abwägung dieser grundrechtlich geschützten Positionen der Betroffenen mit dem Recht der Abgeordneten auf umfassende Information ergibt im vorliegenden Fall, dass eine weitergehende Beantwortung nicht statthaft ist. Ein überwiegendes Informationsinteresse ist weder dargelegt noch erkennbar.

Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) liegen derzeit keine Hinweise auf eine Nutzung der Immobilie für verfassungsschutzrelevante Zwecke vor.

Am 23. April 2021 informierte der Bürgermeister der Marktgemeinde Bissingen die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) über den Verkauf des Bräuanwesens im Ortskern von Bissingen. Am selben Tag wurde die zuständige Fachabteilung des Landesamtes für Verfassungsschutz durch die BIGE über den Kauf informiert. Zu diesem Zeitpunkt war der Kaufvertrag bereits abgeschlossen. Die BIGE hat daraufhin den Bürgermeister am 26. April

2021 zu möglichen Vorgehensoptionen beraten und steht seitdem im kontinuierlichen Austausch mit den örtlichen Sicherheitsbehörden.